

**WACHSTUM.NACHHALTIG.GESTALTEN**  
DAS IV-WACHSTUMSPROGRAMM  
FÜR ÖSTERREICH

# PRÄAMBEL

Ein starker Wirtschaftsstandort ist die beste Zukunftsversicherung für Wachstum und Wohlstand in Österreich. Die laufende Verbesserung der Standortqualität ist daher eine Daueraufgabe für Politik und Gesellschaft. Gerade jetzt ist der Handlungsbedarf groß, denn der Wirtschaftsstandort Österreich gerät zunehmend unter Druck. Die – im internationalen Vergleich – gute Position unseres Landes ist auf längere Sicht gefährdet.

Dafür sind u.a. folgende wachstumshemmende Entwicklungen verantwortlich:

**„Nebenschauplatz“ Wirtschaft:** Bei der Umsetzung der für Wachstum und Wohlstand entscheidenden EU-Lissabonstrategie hält Österreich zwar Spitzenplätze in den Bereichen Umwelt und sozialer Zusammenhalt, aber bei den Kriterien Wirtschaftsreform und Innovation schneidet unser Land nur unterdurchschnittlich ab. Politik und Gesellschaft müssen daher den Fokus wieder mehr auf wirtschaftliche Stärke richten.

**Arbeitskräfteknappheit:** Die ungünstige demographische Entwicklung – immer mehr ältere Menschen, immer weniger Erwerbstätige – setzt unseren Wachstumschancen bald klare Grenzen. Wer mehr Wachstum will, muss die Beschäftigungsquote erhöhen und eine liberale, qualifikationsorientierte Zuwanderungspolitik betreiben.

**Unzureichende Zukunftsinvestitionen:** Für längerfristig zufrieden stellende Wachstumsraten bei knappem Arbeitskräfteangebot braucht es vor allem ein höheres Produktivitätswachstum. Das erfordert mehr Investitionen in Forschung & Entwicklung, in Aus- und Weiterbildung und in die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Die investierten Mittel müssen zudem effizienter eingesetzt werden.

**Problematische Ausgaben & Aufgaben:** Die für Zukunftsinvestitionen notwendigen öffentlichen Finanzmittel können nur dann zur Verfügung gestellt werden, wenn die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte zu Lasten konsumptiver Ausgaben verändert wird. Dies erfordert eine konsequente Staatsaufgabenreform, wie sie dem Österreich-Konvent als Aufgabe gestellt ist. Neben einer Neuordnung der Kompetenzverteilung zwischen den Gebietskörperschaften muss sich der Staat zunehmend aus der Produktion marktgängiger Güter und Leistungen zurückziehen und sich auf die Sicherstellung der Versorgung wirtschaftlich schwächerer Bevölkerungsgruppen mit Produkten der sogenannten „Daseinsvorsorge“ beschränken.

**Unerledigte Sozialreformen:** Neben der demographischen Entwicklung und der Aufgaben- und Ausgabenreform des Staates verlangt auch die dringend notwendige Entlastung des Faktors Arbeit grundlegende Strukturreformen in den Sozialsystemen. Dafür wurde mit der ASVG-Pensionsreform ein erster, mutiger Schritt gesetzt. Dabei darf es aber nicht bleiben: Reformen bei den anderen Alterssicherungssystemen („Harmonisierung“) – insbesondere in den geschützten Bereichen der Gebietskörperschaften – und die Reform des Gesundheitssystems müssen rasch vorgenommen werden.

**Wettbewerbs-Hemmnisse:** Die EU-Erweiterung bringt für Österreich zahlreiche Vorteile, aber auch eine Verschärfung des Standortwettbewerbes. Wer massive Produktionsverlagerungen in Niedrigkostenregionen und deren negative Konsequenzen auch im Zuliefersektor und bei industriellen Dienstleistungen verhindern will, muss die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes verbessern und Belastungen abbauen: steuerliche Entlastungen, eine Modernisierung des Steuersystems, die Begrenzung der Arbeitszusatzkosten, die Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise und eine industrierträgliche Gestaltung der österreichischen Klimapolitik (insbesondere Emissionshandel) spielen dabei eine erfolgsentscheidende Rolle.

**Sinkende Headquarter-Qualität:** Verbleib und Ansiedelung von Headquarters multinationaler Unternehmen in Österreich sind entscheidende Standort- und damit Wachstumsfaktoren. Hohe Steuern, Schranken für die internationale Mobilität von Führungskräften und Spezialisten sowie die ungenügende F&E-Förderung gefährden jedoch Österreichs Attraktivität als Sitz von Headquarters. Dringend geboten ist daher eine konzertierte Headquarter-Politik, um Unternehmensfunktionen mit hoher Wertschöpfung und überdurchschnittlich qualifizierten Mitarbeitern im Land zu halten bzw. für Österreich zu gewinnen.

# WACHSTUM RICHTIG BELEBEN

Die hier überblicksmäßig dargestellten Problembereiche und Herausforderungen sind nicht der hartnäckigen internationalen Konjunkturschwäche zuzuschreiben, von der auch Österreich massiv betroffen ist. Sie sind weitgehend – vielfach über Jahre und Jahrzehnte hinweg – „hausgemacht“ – und daher auch aus eigener Anstrengung lösbar.

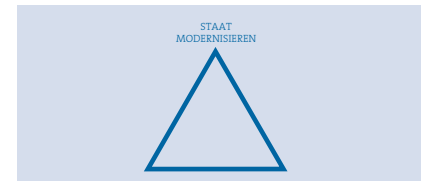
In Konkretisierung ihres Programms „Österreich.Nachhaltig.Gestalten“ legt die Industriellenvereinigung deshalb ihr Maßnahmenprogramm „Wachstum.Nachhaltig.Gestalten“ vor, das auf eine kurz- und mittelfristig wirksame, nachhaltige Aktivierung des Wachstums abzielt. „Wachstum.Nachhaltig.Gestalten“ ist keine bloße Sammlung von Einzelmaßnahmen, sondern ein konzentriertes Wachstumsprogramm. Seine Umsetzung soll den herrschenden Pessimismus und Attentismus von Produzenten und Konsumenten abbauen helfen und der investierenden Wirtschaft Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit der zukünftigen Rahmenbedingungen gewährleisten.

„Wachstum.Nachhaltig.Gestalten“ wurde von drei Arbeitsgruppen aus Experten und Unternehmern der Industrie entwickelt und stützt sich auf das von der Industriellenvereinigung konzipierte, bewährte „Strategische Dreieck“ der Wirtschaftspolitik mit den Eckpunkten:

- » Staat modernisieren
- » Bürger und Unternehmen entlasten und
- » In die Zukunft investieren.

Die von der Industriellenvereinigung in diesem Wachstumsprogramm erarbeiteten, von den EU-Zielen abgeleiteten Maßnahmen laufen nicht auf eine Beseitigung bewährter Institutionen und Systeme hinaus. Es geht darum, den Wirtschafts- und Lebensraum Österreich durch richtige Reformen künftig erfolgreich und nachhaltig zu gestalten.

# STAAT MODERNISIEREN EFFIZIENTERE VERWALTUNG. MEHR WACHSTUMSCHANCEN.



## HERAUSFORDERUNGEN & PROBLEMBEREICHE

Gesellschaftliche Entwicklungen und Wertewandel fordern und fördern auch in Österreich ein neues, zeitgemäßes Staatsverständnis: Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine „Untertanen“ eines Obrigkeitsstaates sein, sondern sehen sich zunehmend als Konsumenten moderner staatlicher Dienstleistungen. Dass die Zukunft dem „Partner Staat“ gehört, ist ein anerkannter Befund der internationalen Expertendiskussionen über effizientes staatliches Handeln (Public Management). Die Wirklichkeit des Staatsgefüges hinkt in Österreich dem Leitbild eines modernen Staates nach. Die dringend notwendige Staatsreform in Österreich steht vor folgenden zentralen Herausforderungen:

- » Bund, Länder und Gemeinden müssen ihre Aufgabenverteilung neu ordnen und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.
- » Nicht alles, was die öffentliche Hand verantwortet, muss sie selbst durchführen.
- » Der öffentliche Bereich braucht mehr Kostentransparenz und -wahrheit.
- » Die globalen Herausforderungen machen an der Staatsgrenze nicht halt: Österreich muss sich stärker am europäischen Prozess beteiligen.

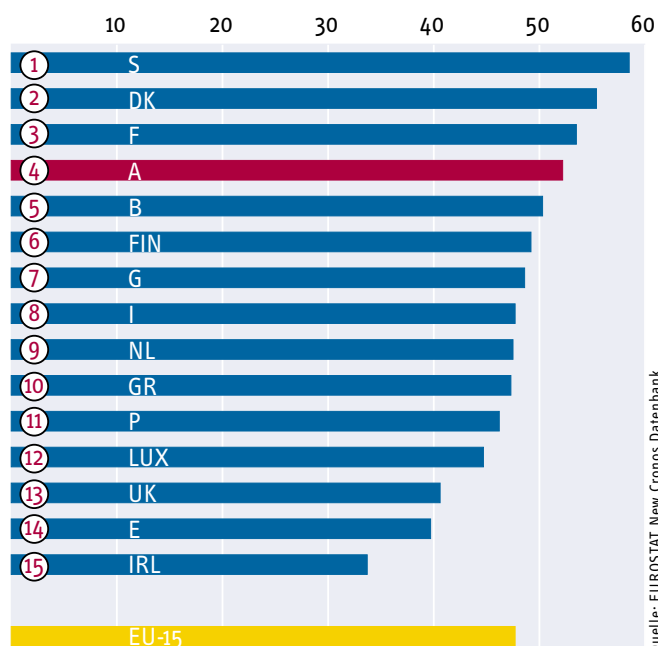
Wie akut Staatsmodernisierung und Kostensenkung in Österreich sind, illustriert die nachfolgende Auswahl von Problembereichen:

### Kosten des öffentlichen

**Sektors:** Die Staatsausgaben sind in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten kontinuierlich gewachsen – im Durchschnitt rascher als die Gesamtwirtschaft. Bei der Staatsausgabenquote erreichte Öster-

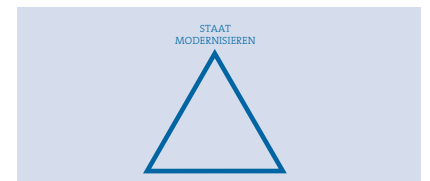
### STAATSAUSGABENQUOTE DER EU-LÄNDER 2002

in % des Bruttoinlandsprodukts



Quelle: EUROSTAT New Cronos Datenbank

reich 2002 mit 52,8% des BIP den vierten Platz unter den EU-15. In einem Ranking, das die Behinderung wirtschaftlicher Aktivitäten durch Bürokratie dokumentiert, liegt Österreich 2002 im Mittelfeld der EU-Mitgliedstaaten. Während in Österreich die Ausgaben für die im öffentlichen Dienst Beschäftigten mehr als 10% des BIP betragen, liegen viele EU-Staaten, aber auch die Schweiz, deutlich darunter.



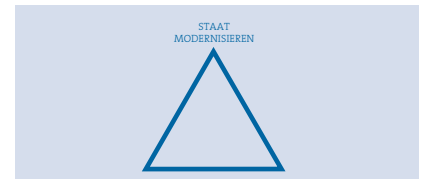
**Der internationale Vergleich zeigt:** Wirtschaftlich erfolgreiche Staaten verfügen stets über eine schlanke, aber effiziente Verwaltung.

**Öffentlicher Sektor in Ländern und Gemeinden:** Auf Länder- und Gemeindeebene bietet der öffentliche Sektor erhebliche Spielräume für Reformen. Während der Bund die Anzahl der aktiv Beschäftigten zwischen 1997 und 2000 um 14.341 Personen senken konnte, gelang dies den Bundesländern (+227) und Gemeinden (+1.167) nicht. Die Zahl der Bediensteten im Bereich der Hoheitsverwaltung je tausend Einwohner schwankt zwischen 2,5 (Stmk.) und 4 (Bgl., Sbg.). Ebenso uneinheitlich sind die Personalausgaben auf Gemeindeebene je Einwohner, die sich zwischen € 250 (Bgl.) und € 580 (Vbg.) bewegen. Auch bei den Sachausgaben der Gemeinden pro Einwohner ergeben sich gewaltige Unterschiede: Sie liegen zwischen € 1.400 (Bgl.) und € 2.500 (Sbg., Vbg.). Schließlich sind auch die Gehaltsstrukturen ungleichmäßig. Deshalb ist es für Einrichtungen des Bundes schwierig, Beamte aus den Bundesländern zu gewinnen, weil deren Gehaltsniveau vom Bund nicht gehalten werden kann.

**ÖBB:** Die Bundesbahnen sind ein besonders akutes Beispiel für die Notwendigkeit der Liberalisierung und Neustrukturierung des öffentlichen Sektors. Trotz des Personalabbaus zwischen 1996 und 2002 von über 60.000 auf 47.000 Angestellte haben die ÖBB noch immer einen um 30% höheren Personalaufwand pro Hauptgleiskilometer als vergleichbare westeuropäische Bahnen. Im Jahr 2002 stieg der Personalaufwand um 3,4%, obwohl bereits über 60% des betrieblichen Aufwands auf Personalkosten entfallen. Die Pensionszahlungen für ehemalige Angestellte der ÖBB machen mit etwa 1,4 Mrd. € bereits ein Drittel des gesamten jährlichen Mittelbedarfs der ÖBB von 4,5 Mrd. € aus. Durch den hohen Schuldenstand von 10,7 Mrd. € (2002) sind die jährlichen Zinszahlungen (590 Mio. €) bereits höher als die gesamten Erlöse aus dem Personenverkehr (543 Mio. €). Der staatliche Finanzierungsbedarf stieg für 2003 auf über 4,4 Mrd. €.

Diese Daten zeigen, dass in Österreich

- ▶ die Kosten des öffentlichen Sektors im Vergleich zu vielen anderen Ländern überhöht sind,
- ▶ der öffentliche Sektor gegenüber dem privaten Sektor überdimensioniert und teilweise privilegiert ist,
- ▶ Aufgaben und Abläufe einer Reform bedürfen.



## ZIELE

---

Österreich muss sich von einem überregulierten Versorgungsstaat zu einem bürger- und wirtschaftsnahen Dienstleistungsstaat entwickeln. Die Freiheit und Eigenverantwortung der Bürger muss genauso ernst genommen werden wie Effizienz und Qualität in der staatlichen Leistungserbringung. Die Effizienz der staatlichen Verwaltung ist bei sinkender Mitarbeiterzahl mit einer modernen Aufgabenstruktur zu steigern. Der „Partner Staat“ konzentriert sich auf Kernbereiche staatlichen Handelns und bindet bei der Erbringung von „Gewährleistungsaufgaben“ auch Private mit ein.

Neben einer zeitgemäßen Organisation des Staatswesens soll sich die Organisation der Verwaltung an modernen Dienstleistungsunternehmen orientieren und entsprechende Instrumente einsetzen (z.B. Kostenrechnung, Controlling, eigenständige Verantwortungsbereiche).

## MASSNAHMEN

---

Ein Staat, der sein Handeln an den Anliegen und Bedürfnissen von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen orientiert, ist ein Gebot der Zukunft. Eine effiziente Verwaltung ist entscheidender Faktor für Wettbewerb und Lebensqualität. Entsprechende Reformen verlangen Mut und Engagement aller Beteiligten.

**Österreich-Konvent:** Der Österreich-Konvent ist ein wesentlicher Baustein der Staatsaufgabenreform. Er muss die Staatsziele und Kernaufgaben definieren und dabei durch eine Neuverteilung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden für eine optimale Leistung im Interesse von Bürgern und Wirtschaft und für eine Ausgabenreduktion sorgen.

**Finanzausgleich neu:** Der Abschluss eines „Finanzausgleichs neu“ soll mehr Transparenz, mehr Steuerungselemente, mehrjährige Planungen sowie Kosteneinsparungen für den Staat bringen.

**Sozialversicherung:** Effizienzsteigerung im Gesundheitsbereich durch modernes Management und Einbindung aller betroffenen Gruppen.

**Kostenrechnung:** Die Einführung einer – nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien aufgebauten – Kostenrechnung für die öffentliche Verwaltung unter Einbeziehung von Experten aus der Wirtschaft und ein darauf basierendes Controlling-System ist ein entscheidender Hebel für permanente Effizienz-Steigerungen.

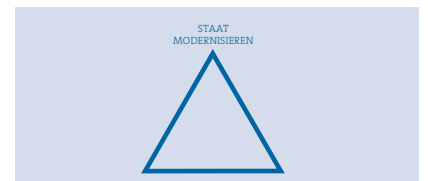
**e-Government:** Die Umsetzung eines e-Government-Gesamtkonzeptes im Zuge der Verwaltungsreform garantiert ein Höchstmaß an Effizienz und massive Kosteneinsparungen.

**Gesetzesfolgenabschätzung:** Eine verpflichtende Gesetzesfolgekostenabschätzung vor dem Beschluss von Gesetzen soll Auswirkungen für die Gesamtwirtschaft ermitteln und Fehlregulierungen vermeiden.

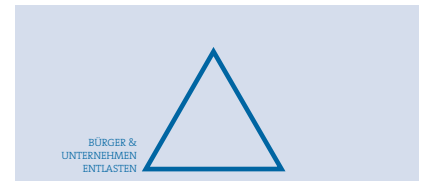
**Kosten-Screening:** Kostensenkungs-Potenziale in einzelnen Bereichen sollen durch strukturierte Durchleuchtung ermittelt werden (z.B. Zahl der Krankenhausbetten, Lehrer-Schüler-Quoten, Neustrukturierung der ÖBB).

**Umsetzung der ÖBB-Reform:** Neustrukturierung der ÖBB zur Schaffung eines wettbewerbsfähigen Unternehmens. Mehr Transparenz und Wirtschaftlichkeit bei öffentlichen Transferleistungen zugunsten der ÖBB.

**Public Private Partnerships:** Die verstärkte Einbeziehung privater Investoren und die Anwendung von PPP-Modellen für eine rasche und kostengünstige Durchführung öffentlicher Projekte beschleunigt Verfahren, reduziert Gesamtkosten und ermöglicht eine schnellere Bauabwicklung von Infrastrukturprojekten.



# BÜRGER UND UNTERNEHMEN ENTLASTEN WENIGER BELASTUNGEN. MEHR WACHSTUMSCHANCEN.



## HERAUSFORDERUNGEN & PROBLEMBEREICHE

Österreich ist im internationalen Vergleich ein Hochkostenland. Dass sich dennoch eine starke Industrie entwickeln konnte, ist auf die bisher gelungene Balance zwischen hohen Kosten, hoher Produktivität, Innovationskraft, hoher Qualität und einer weitgehend standortverträglichen Einkommenspolitik zurückzuführen. Diese Balance ist aus mehreren Gründen in Gefahr – die Belastungen für Bürger und Unternehmen müssen reduziert werden.

**Verschärfter Wettbewerb:** Die EU-Erweiterung um eine Niedrigkostenregion verschärft den Standortwettbewerb. Die Beitrittsländer haben zudem alle Anspruch auf Regional- und Strukturförderung. Das bringt für Österreichs Unternehmen härtere Wettbewerbsbedingungen.

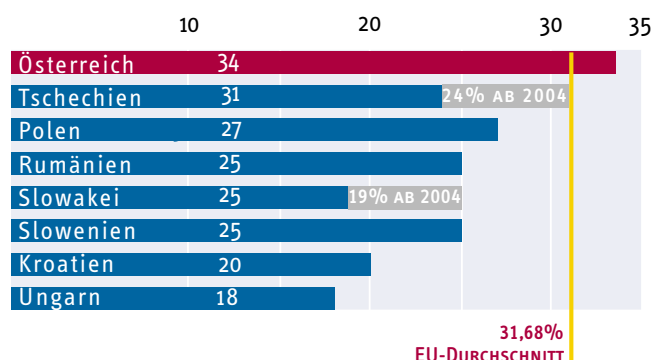
**Zu teure Arbeit:** Österreich gehört zu den Industriestaaten mit den höchsten finanziellen Belastungen der Arbeit und damit den höchsten Arbeitskosten durch Arbeitszusatzkosten und Steuern.

**Zu geringe steuerliche Attraktivität:** Als Österreich 1993 den KÖST-Steuersatz auf 34% festgesetzt, die Vermögenssteuer abgeschafft und die Gewerbesteuer durch die Kommunalabgabe ersetzt hatte, war der Steuerstandort Österreich international attraktiv. Seither haben viele Industriestaaten ihre steuerliche Attraktivität zu Lasten Österreichs erhöht. Die Erweiterungsländer sind dabei, sich durch niedrige Unternehmenssteuern als Investitionsstandorte zu profilieren: Die KÖST liegt in Polen, Ungarn und der Slowakei ab 2004 unter 20%, in Tschechien beträgt sie 24%.

**Belastungslawine:** Vor allem der in Österreich dank hoher Produktivität und Innovation überaus erfolgreichen energieintensiven Industrie droht auf-

### KÖST-SÄTZE IN BENACHBARTEN LÄNDERN IM VERGLEICH ZU ÖSTERREICH, 2003

Angaben in %



Quelle: KPMG, Industriellenvereinigung

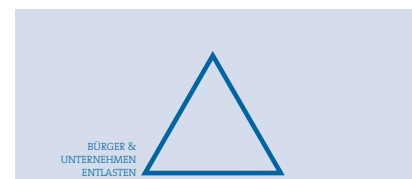
grund zahlreicher ökologisch bzw. budgetär motivierter Einzelmaßnahmen eine massive Belastungslawine. Die **Ökostromförderung** erhöht die in Österreich wegen der Durchleitungstarife ohnehin belasteten Stromkosten weiter. Die großzügigen, zumeist nicht dem Effizienzgebot verpflichteten Förderungen werden auf breiter Front angenommen und drohen, die eingebauten Deckel zu sprengen. Die im Regierungsprogramm angekündigte **Ökologisierung des Steuersystems** würde – selbst unter der Annahme der einnahmeneutralen Ausgestaltung für die öffentlichen Budgets – eine zusätzliche Belastung für die energieintensive Industrie darstellen. Diese Belastung wird umso schwerwiegender sein, je stärker die gegenwärtige Energiesteuerdeckelung verschlechtert wird.

Je nach konkreter Ausgestaltung der europäischen und vor allem der österreichischen Klimastrategie ergeben sich weitere, u.U. sogar exzessive Belastungen für die Industrie. Die Unsicherheiten betreffen vor allem den Beitrag, den die Industrie letztendlich zum **CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel** von -13% (auf Basis 2003 sogar rund -20%) zu leisten hat, die Höhe der kostenlosen Erstzuteilungen von Emissionsrechten durch das BMLFUW, die sich im Emissionshandel ergebenden Preise je Tonne CO<sub>2</sub> und die Möglichkeit, Credits aus den flexiblen Instrumenten JI und CDM in den Emissionshandel einzubringen.

Die im europäischen Vergleich sehr teure österreichische **LKW-Maut**, die ungerechtfertigten Doppelbemaunungen auf den Sondermautstraßen und die extrem hohen **KFZ-Steuersätze** ergeben eine massive standortschädliche Transportkostenbelastung und bergen die Gefahr der Abwanderung eines Teils des österreichischen LKW-Bestands. Je nach Ausgestaltung und Umsetzung der neuen EU-Wegekostenrichtlinie könnte es noch zu zusätzlichen Mauterhöhungen kommen.

**Der EU-Vorschlag zur Chemikalienpolitik** stellt selbst nach den Berechnungen der EU-Kommission eine massive Belastung nicht nur für die chemische Industrie selbst dar, sondern auch für nachgelagerte Bereiche entlang der Wertschöpfungskette. Das brächte eine weitere Verschlechterung der relativen Wettbewerbsposition Europas gegenüber dem Rest der Welt.

Die hier überblicksmäßig angeführten (Über-)Belastungen der Industrie beeinträchtigen in ihrer Gesamtheit die Standortattraktivität Österreichs massiv. Es ist davon auszugehen, dass die betroffenen Unternehmen mit Investitionsprojekten an andere, attraktivere Standorte abwandern werden. Der deutliche Rückgang ausländischer Neuinvestitionen in Österreich ist heute schon ein Alarmsignal, dass sich der Leistungsstandort Österreich zu einem Lastenstandort entwickelt hat.



## ZIELE

---

Die notwendige Entlastung der Unternehmen und Bürger muss rasch und nachhaltig in Angriff genommen werden. Österreich muss den im steuerlichen Bereich erlittenen Terrainverlust möglichst rasch wettmachen und zur Gruppe der bei den Unternehmenssteuern attraktivsten Standorte Europas aufschließen.

Im Arbeitszusatzkostenbereich müssen die von der Bundesregierung vorangetriebenen Strukturreformen zu weiteren Entlastungen führen und damit das Schaffen von Arbeitsplätzen durch Unternehmen wieder attraktiver machen.

Bei allen anderen Kosten muss sichergestellt werden, dass es weder für die österreichische Gesamtindustrie noch für einzelne Branchen zu weiteren Verschlechterungen der kostenmäßigen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Europa kommt. Dazu bedarf es eines integrativen Ansatzes, der alle Belastungen der Industrie im internationalen, vor allem aber im europäischen Vergleich berücksichtigt. Der neugeschaffene EU-Rat für Wettbewerbsfähigkeit soll dies auf EU-Ebene verwirklichen, in Österreich sollte die Verantwortlichkeit beim Wirtschaftsminister als Vertreter Österreichs im Wettbewerbsrat liegen.

### **Kostenbelastungen der Industrie sind nicht am Umsatz, sondern am Ertrag zu messen:**

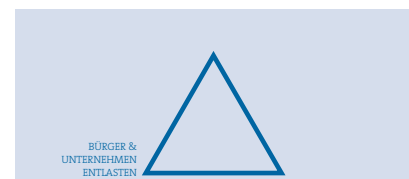
Was in Relation zum Umsatz vernachlässigenswert erscheint, kann bei Umsatzrenditen von oft nur 2-4% den Gewinn um zweistellige Prozentsätze beschneiden. Das hat eine Vielzahl negativer Konsequenzen (bei Aktiengesellschaften) für den Börsenkurs und generell für Finanzierung, Investitionen und Innovationsfähigkeit von Unternehmen.

## MASSNAHMEN

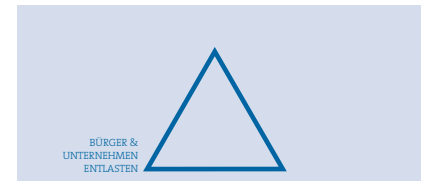
---

**Steuerreform:** Nach einer ersten Absenkung auf die Zielgröße 31% im Jahre 2005 ist eine weitere deutliche Reduktion des KÖST-Satzes auf 25% vorzunehmen. Dies sollte in drei weiteren Jahresschritten erfolgen.

Weitere Maßnahmen sind die Einführung einer modernen Gruppenbesteuerung, steuerliche Verbesserungen beim Beteiligungserwerb, die steuerliche Erleichterung der Internationalisierung (Anerkennung von Auslandsverlusten von Töchtern, keine Besteuerung stiller Reserven beim Transfer von Wirtschaftsgütern), die Aufhebung der 75%-Vortragsgrenze für Verluste, die Abschaffung der Gesellschaftssteuer und der Kreditgebühr und die Absenkung der Lohn- und Einkommensteuerbelastung.



**Klimapolitik:** Die Industrie bekennt sich grundsätzlich zu einer nachhaltigen Klimapolitik, verlangt aber die Beachtung von strengen Kosten-Nutzenkriterien und genügend Spielraum für weiteres Wachstum im Interesse der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung. Bei den Treibhausgasen darf es keine Erhöhung des für die Industrie vorgegebenen Reduktionsziels geben. Die Reduktionsziele für andere Bereiche, insbesondere für den Verkehr, müssen konsequent umgesetzt werden.



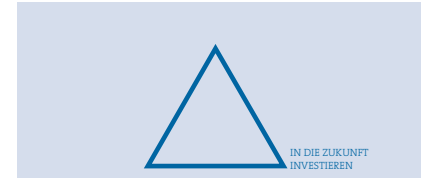
**Emissionshandel:** Zur standortverträglichen Erreichung des Reduktionsziels der Industrie ist die volle Nutzung des Potenzials der flexiblen, projektbezogenen Instrumente JI und CDM unerlässlich, vor allem aber eine ausreichende Zuteilung von Emissionszertifikaten unter Berücksichtigung des jeweiligen betrieblichen Reduktionspotenzials und unter Beachtung standortpolitischer Gesichtspunkte. Nur so können international wettbewerbsfähige Bedingungen für Betriebsansiedelungen und -erweiterungen sichergestellt werden.

**Ökostrom:** Neben der strikten Einhaltung der vorgesehenen Höchstbelastungsgrenzen und der Konzentration der Förderung auf die effizientesten Anlagen muss die Beseitigung von Diskriminierungen für Unternehmen am Programm stehen (Ökostromerzeugung für Eigenverbrauch, industrielle KWK, Ablauge und biogene Abfälle).

**Energiekosten:** Die Mehrbelastung durch eine etwaige Veränderung der 0,35%-Deckelung für die Energiesteuer ist zu minimieren. Österreich braucht wettbewerbsgerechte Stromdurchleitungstarife.

**Maut:** Wichtige Maßnahmen in diesem Bereich sind kompensierende Entlastungen durch eine massive Absenkung der KFZ-Steuer im Sinne der geplanten neuen EU-Wegekostenrichtlinie, außerdem die Abschaffung bzw. die zumindest deutliche Senkung der Doppelmauten (Vielfahrerbonus), keine weitere Mautanhebung, solange der österreichische Tarif im europäischen Spitzenfeld liegt, die Teilzweckbindung der MÖST, die Quersubventionierung zu anderen Verkehrsträgern nur als Ausnahme in sensiblen Alpenregionen, die Befreiung der ASFINAG von der KÖST und die Einführung des PKW-Roadpricing bzw. die Erhöhung der Vignettengebühr als Zwischenschritt zum PKW-Roadpricing.

# IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN MEHR INNOVATION, MEHR WACHSTUMSCHANCEN



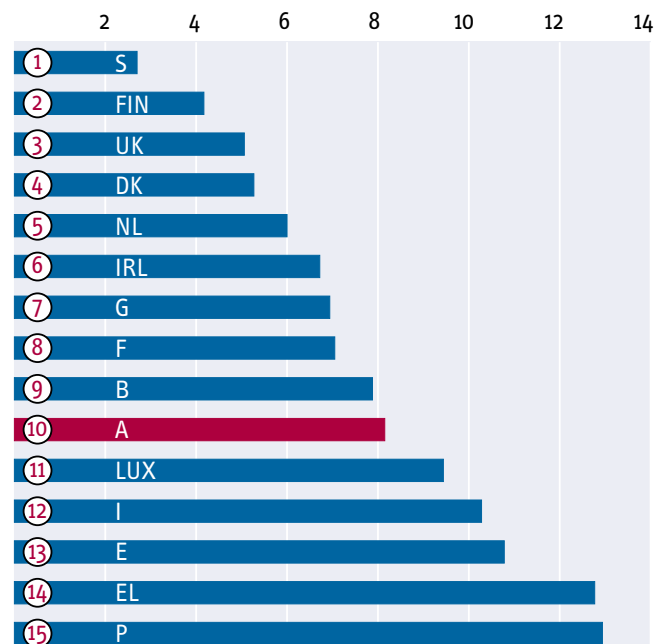
## HERAUSFORDERUNGEN & PROBLEMBEREICHE

Im Wettbewerb der Standorte ist nachhaltiges Wirtschaftswachstum nur durch Investitionen in Bildung, Forschung & Entwicklung und Innovation sowie in Infrastruktur und neue Technologien zu sichern. Hier hat Österreich trotz wichtiger Schritte in den vergangenen Jahren akuten Handlungsbedarf. Dies zeigt auch das aktuelle Lissabon-Ranking: Österreichs Position im oberen Mittelfeld ist vor allem auf Spitzenwerte im Umwelt- und Sozialbereich zurückzuführen. In den Zukunftsfeldern Innovation, Forschung & Entwicklung und Wirtschaftsreform liegt Österreich nur im Mittelfeld oder darunter (z.B. nur Platz 11 bei Innovation). Im Detail ist die Zukunftsfähigkeit des Standortes von folgenden Entwicklungen bedroht:

**Stagnierende F&E-Quote:** Die Bundesregierung hat in der ersten Regierungsperiode wichtige Maßnahmen für eine Verbesserung des Innovationsstandortes gesetzt (z.B. Offensivprogramm I zur Finanzierung von F&E, steuerliche Incentives für Bildung). Die F&E-Quote konnte auf 1,97% des BIP erhöht werden. Ziel ist eine F&E-Quote von 2,5% des BIP bis 2006 bzw. von 3% des BIP bis 2010. Mit dem Nationalen Forschungs- und Innovationsplan hat der Rat für Forschung und Technologieentwicklung die wesentlichen Leitlinien dafür entwickelt (u.a. Bewusstseinsbildung, Nachwuchssicherung, Innovationsfinanzierung, Unternehmensgründungen und Konzernforschungszentralen). Wenn in den nächsten Jahren aber keine weiteren Maßnahmen gesetzt werden, wird die F&E-Quote bei 2,0% des BIP stagnieren.

### ÖSTERREICHS INNOVATIONSLEISTUNG IST UNTER DEM EUROPÄISCHEN DURCHSCHNITT

Innovationsleistung der EU-Mitgliedstaaten, Durchschnitt von 17 Indikatoren



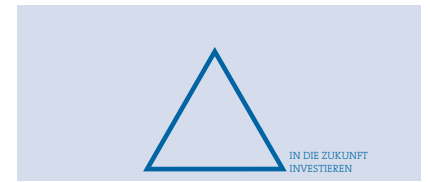
**Innovationsschwächen:** Österreich weist als Innovationsstandort im internationalen Vergleich Schwächen bei der Innovationsfinanzierung, bei der wirtschaftlichen Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse, bei der zersplitterten Strukturierung der Forschungs- und Finanzierungslandschaft und bei der Gewinnung der „besten Köpfe“ für Innovation auf. Nach den Erkenntnissen des Europäischen Innovationsanzeigers (European Innovation Scoreboard) liegt Österreich bei diesen Indikatoren nur im Mittelfeld. Innovationsvorreiter, wie Schweden oder Finnland, sind uns weit voraus.

Zuwenig Unterstützung für Innovationsmotoren: Neben Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen leisten die Unternehmen den größten Beitrag zur Erhöhung der F&E-Quote. 89% der Großunternehmen ab 250 Beschäftigten setzten in den Jahren 1998-2000 Innovationsaktivitäten. Die Rolle der Großunternehmen als Innovationsmotoren wird nicht ausreichend unterstützt. Dabei bieten sie auch den klein- und mittelständischen Unternehmen ein wichtiges Umfeld für deren Innovationskraft.

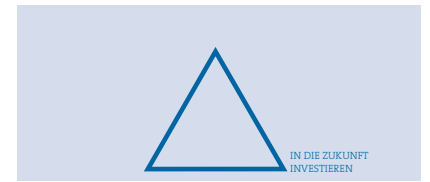
**Zuwenig Bildungs-Output:** Österreich investierte bisher viel in Bildung, Schule und Universitäten und liegt etwa bei den Investitionen pro Student international im Spitzenfeld. Bei der Bildungsqualität befindet sich Österreich im europäischen Vergleich noch im Vorderfeld. Das Verbesserungspotenzial ist jedoch groß. Überzogene Sparmaßnahmen (Kürzung der Mittel für Fachhochschulen, knappe Mittel für die Umsetzung der Universitätsreform, völlige Unterdotierung des Weiterbildungssektors, kaum Spielraum für Initiativen im Schulbereich) reduzieren wichtige Zukunftschancen.

**Infrastruktur-Defizite:** Die Investitionen in die Infrastruktur bleiben weit hinter dem eigentlichen Bedarf zurück. Angesichts der Entwicklung des Transportaufkommens ist der mangelhafte Infrastrukturausbau besonders spürbar. Mangelinvestitionen und Defizite in der Verkehrsinfrastruktur werden zum eklatanten Standortnachteil: Erreichbarkeitsnachteile verhindern Wirtschaftswachstum und sind ein Standortnachteil für zusätzliche Investitionen und Ansiedelungen. Es fehlt ein rascher Infrastrukturausbau zur Anbindung Österreichs an die Nachbarstaaten sowie an die transeuropäischen Verkehrsnetze. Nur so können die durch die Erweiterung entstehenden transnationalen und regionalen Entwicklungschancen besser genutzt werden.

**Mangelnde e-Dynamik:** Österreichs Position bei der Nutzung neuer Technologien (z.B. Handy, Computer) ist grundsätzlich gut. Die Geschwindigkeit, mit der Neuerungen eingeführt werden, lässt aber zu wünschen übrig. Dies zeigt sich vor allem im e-Government-Bereich. Auch im Bereich der Breitband-Anbindung sind neue Initiativen erforderlich.



**Bewusstseinsdefizite:** Die große Bedeutung von Bildung, Forschung & Entwicklung, Weiterbildung und Innovation für Wachstum und Wohlstand ist in Österreich zu wenig bewusst. Rahmenbedingungen, welche Neugierde, Denken und Ideen fördern und somit neue Produkte, Problemlösungen und Verfahren bringen, sind in allen Bereichen zu verbessern – vom Bildungswesen über die Personalentwicklung bis zur Unternehmenskultur.



## ZIELE

---

Um Wohlstand und Wachstum in einem starken Innovationsstandort Österreich zu sichern, muss Österreich in Umsetzung der Lissabon-Strategie die richtigen Investitionen in die Zukunft tätigen: Das Ziel, die F&E-Quote bis 2006 auf 2,5% des BIP bzw. bis 2010 auf 3% des BIP zu steigern und Österreich unter die Top-3-Wirtschaftsstandorte der EU zu bringen, muss auf Basis eines entsprechenden politischen Commitments konsequent verfolgt werden.

Für innovative Unternehmen soll es Planungssicherheit und verlässliche Rahmenbedingungen geben. Das erfordert ausreichend hohe Finanzmittel für Innovation, deren wirtschaftsnahen und anwendungsorientierten Einsatz und die Top-down-Förderung großer Initiativen neben der notwendigen Bottom-Up-Förderung von Projekten.

Neben der wichtigen KMU-Politik soll eine konsistente Headquarter-Politik die Rahmenbedingungen für Headquarters und Konzernforschungszentralen verbessern, damit diese auch in Zukunft in Österreich bleiben bzw. sich hier ansiedeln.

Der Bildungsstandort Österreich soll durch die konsequente Umsetzung der Bildungsreformen (z.B. Universitätsreform) und die Abstimmung der einzelnen Bildungsangebote aufeinander (z.B. FHS-Ausbau in Abstimmung mit der Universitätsentwicklung) gestärkt werden.

Im Infrastrukturbereich soll die Anbindung Österreichs an die transeuropäischen Verkehrsnetze und die rasche Umsetzung der im Generalverkehrsplan vorgesehenen Ausbaumaßnahmen erfolgen. Zur Finanzierung sollen neue Investitionsformen und Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. PPP) genutzt werden. Dies reduziert nicht nur die Verschuldung der öffentlichen Hand, sondern bringt auch die beschleunigte Umsetzung von Verkehrsinfrastruktur-Ausbauvorhaben.

## MASSNAHMEN

---

**Bildungsinvestitionen:** Im Sinn einer umfassenden Zukunfts- und Wirtschaftspolitik sind u.a. weitere Investitionen im Bildungsbereich – nach klaren Qualitätskriterien – vorzunehmen. An der Bildung darf nicht gespart werden.

**Innovationsstrategie:** Aufwertung des Rates für Forschung & Technologie als strategisches Beratungsorgan der Bundesregierung.

**Innovationsfinanzierung:** Die Innovationsfinanzierung ist zu sichern. Im Bereich der öffentlichen Hand haben Zukunftsinvestitionen Vorrang. Die Ausgaben der öffentlichen Hand sind pro Jahr um rund 12% im Sinn des Nationalen Forschungs- und Innovationsplans zu steigern und unter Beachtung maximaler Hebelwirkung einzusetzen. Eine Nationalstiftung ist einzurichten. Die Mittel aus Nationalstiftung bzw. Offensivprogramm II sind wirtschaftsnah einzusetzen, um die gegenwärtige konjunkturelle Schwächephase rasch überwinden zu können.

**Headquarter-Strategie:** Für die österreichische Headquarter-Politik muss eine eigene Strategie entwickelt und umgesetzt werden – vom „Bittsteller zum Gast“.

**Universitätsreform:** Die strategische Ausrichtung der Universitäten im Hinblick auf internationale Schwerpunktsetzungen ist bei der Umsetzung der Universitätsreform besonders wichtig. Die autonome Verwendung der – knappen – Ressourcen soll nach abgestimmten Prioritäten erfolgen.

**Internationalisierung:** Die Internationalisierung des Bildungswesens ist fortzusetzen. Österreich muss als attraktiver Standort für die „besten Köpfe“ positioniert werden. Erforderlich ist u.a. ein Maßnahmenpaket „Top-Wissenschaftler und Forscher für die Industrie“.

**FHS-Entwicklung:** Die Weiterentwicklung des FHS-Sektors ist im Sinne des IV-Konzeptes „FH: 2010“ umzusetzen.

**Lebenslanges Lernen:** Österreich braucht eine Strategie zur nachhaltigen Förderung lebenslangen Lernens – besonders für die Generation „50+“.

**Infrastruktur:** Die öffentlichen Finanzmittel sind durch privates Kapital und private Initiativen im Rahmen von Public-Private-Partnerships zu ergänzen. Die Förderungsmöglichkeiten für transeuropäische Ausbauprojekte sind besser zu nutzen. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren im Straßen- und Schienenbereich sind deutlich zu beschleunigen. Die Effizienz der Finanzierungs-, Betriebs- und Errichtungsgesellschaften von Verkehrsinfrastruktur ist deutlich zu erhöhen.

